

Hans Seidel

Von Kriegsende bis zum Staatsvertrag

Eine wirtschaftshistorische Betrachtung

1955 – zehn Jahre nach Kriegsende und der Wiedererrichtung der Republik – erhielt Österreich den Staatsvertrag. Seither ist ein halbes Jahrhundert vergangen. Heute ist die österreichische Wirtschaft ungleich leistungsfähiger als je zuvor. Die Grundlagen für das österreichische "Wirtschaftswunder" wurden im ersten Nachkriegsjahrzehnt geschaffen. Wichtige Weichen auf dem Weg zur späteren Wohlstandsgesellschaft wurden damals gestellt. Vorbildhaft für spätere Generationen waren der Umgang mit "fundamentaler" Unsicherheit und die Art, wie soziale Konflikte gelöst wurden.

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer umfassenden Studie, die das WIFO Anfang 2005 unter dem Titel "Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1955" im Verlag Manz publizieren wird. • E-Mail-Adresse: Hans.Seidel@wifo.ac.at

Mit dem Begriff Wiederaufbau verbindet sich die Vorstellung, dass wieder hergestellt wurde, was durch den Krieg und die Nachkriegswirren verloren gegangen war. Tatsächlich wurde im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg viel mehr geleistet. Dank dem Fleiß und der Initiative der wirtschaftlichen Akteure und den Umständen angemessener Institutionen der Wirtschaftspolitik entstand ein Wirtschaftskörper, der viel leistungsfähiger war als der der Vorkriegszeit. Der Schwung der Wiederaufbauperiode wurde in die Friedenswirtschaft mitgenommen. Auf den Wiederaufbau folgte das "golden age", eine lange Periode von historisch einmaligem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.

Die österreichische Wirtschaft gehörte nach 1945 zum "Konvergenzklub" Westeuropas – jener Gruppe von europäischen Ländern, die im Marshallplan zusammenarbeiteten und die nicht unter kommunistische Herrschaft gerieten. Österreich entschied sich nach Kriegsende spontan für den "Westen". Die provisorische Staatsregierung Renner lehnte im September 1945 ein Angebot der UdSSR ab, eine gemeinsame Gesellschaft zur Ausbeutung der heimischen Erdölvorkommen zu gründen. Zwei Monate später erteilte die Bevölkerung in den ersten freien Wahlen der Kommunistischen Partei eine Absage.

In der westeuropäischen Staatengemeinschaft war Österreich zunächst ein "special case" – ein Außenseiter, der auf das Entgegenkommen und die Hilfe der anderen angewiesen war. Erst nach längerer Zeit erreichte die österreichische Wirtschaft wieder jene Stellung unter den Industrieländern Europas, die das Kerngebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie vor dem Ersten Weltkrieg innegehabt hatte und die in der Zwischenkriegszeit verloren gegangen war. Ein gutes Stück Weges wurde jedoch bereits im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgelegt.

Dabei waren die Rahmenbedingungen zunächst gar nicht günstig. Das Land war von vier Mächten in der Stärke von "Aufmarschtruppen" (Karl Renner, 1945) besetzt, eine große Zahl von Flüchtlingen musste notdürftig betreut werden. Die UdSSR demontierte wertvolle Industrieanlagen und beanspruchte einen Teil der laufenden Produktion als Reparationen. Die Bevölkerung hungerte, und die heimische Produktion konnte infolge von Engpässen verschiedenster Art nicht anlaufen. Der sich bereits abzeichnende Ost-West-Konflikt drohte Österreich von seinen traditionellen Handelspartnern abzuschneiden.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg entstand ein Wirtschaftskörper, der viel leistungsfähiger war als der der Vorkriegszeit. Auf den Wiederaufbau folgte das "golden age", eine lange Periode von historisch einmaligem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.

1946 erreichte das reale BIP nur 60% des durch die Massenarbeitslosigkeit gedrückten Niveaus von 1937. Als Kohle und Rohstoffe in größeren Mengen verfügbar wurden, konnte die Produktion anlaufen, bisher brachliegende Kapazitäten konnten genutzt werden.

1946 erreichte das reale BIP nur 60% des durch die Massenarbeitslosigkeit gedrückten Niveaus von 1937. Die ersten Ansätze einer Erholung der Wirtschaft wurden im strengen Winter 1946/47 zunichte gemacht: Angesichts der Knappheit an Kohle musste ein Großteil der Betriebe stillgelegt werden. Danach erholte sich jedoch die Produktion unerwartet kräftig. Das reale BIP wuchs in Österreich bis Anfang der fünfziger Jahre mit zweistelligen Jahresraten, 1947 wurde mit +27,2% der Spitzenwert erreicht. Freilich war das Ausgangsniveau sehr niedrig.

Wie konnten so hohe Wachstumsraten erzielt werden? Kriegsschäden und Demontagen ließen vermuten, dass der Kapitalstock der österreichischen Wirtschaft merklich geschrumpft wäre. Der optische Eindruck von Schutthalde und Ruinen täuschte jedoch. Der Kapitalstock der heimischen Wirtschaft war – gesamthaft gesehen – nach Kriegsende nicht sehr niedrig, sondern er konnte anfänglich nicht voll (optimal) genutzt werden, weil es an Rohstoffen und Energie (Kohle) fehlte und weil der Produktionsapparat und die Infrastruktur Lücken aufwies, welche die Nutzung anderer bestehender Anlagen unmöglich machten oder stark verteuerten (typische Beispiele waren zerstörte Eisenbahnbrücken). Der hohe Kapitalkoeffizient (die geringe Kapitalproduktivität) war die Folge einer "strukturellen" oder "technologischen" Unterauslastung des Kapitalstocks (im Gegensatz zur konjunkturellen Unterauslastung in den dreißiger Jahren).

In den ersten zwei Nachkriegsjahren gelang es, die Produktionsbereitschaft der Wirtschaft wieder herzustellen. Der Schutt wurde weggeräumt, und die Schäden an Infrastruktur und Betrieben wurden notdürftig behoben. Als Kohle und Rohstoffe in größeren Mengen verfügbar wurden, konnte die Produktion anlaufen, bisher brachliegende Kapazitäten konnten genutzt werden. Als Initialzündung fungierte die Auslandshilfe.

Nach Erschöpfung der leicht mobilisierbaren Kapazitätsreserven ("soft economic growth") wurde das Wirtschaftswachstum zwangsläufig schwächer, blieb aber auch unter härteren Bedingungen ("hard economic growth") kräftig. Die Ausweitung der Produktion wurde fast ausschließlich durch einen Anstieg der "totalen Faktorproduktivität" erreicht, während der kombinierte Einsatz von Arbeit und Kapital (gewichtet im Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel) in der Nachkriegszeit nur wenig stieg. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm nur in den ersten Jahren nach Kriegsende leicht zu, weil Kriegsgefangene heimkehrten und Volksdeutsche eingebürgert wurden, hatte aber danach eine leicht sinkende Tendenz. Es gab mehr Arbeitnehmer, aber weniger selbständig Erwerbstätige. Auch der Kapitalstock wuchs nur schwach (1946/1951 +0,6%, 1951/1955 +2,5% pro Jahr). Die Investitionen kamen nach 1945 nur langsam in Schwung, und bei einem hohen Kapitalkoeffizienten bewirkt selbst eine hohe Investitionsquote (Anteil der Investitionen am BIP) lediglich eine mäßige Ausweitung des Kapitalstocks. Erst im "golden age" stiegen Kapitalstock und BIP gleich stark.

Übersicht 1: Wachstum von Produktion und Faktoreinsatz

	BIP	Kapitalstock	Erwerbstätige ¹⁾	Faktoreinsatz ²⁾	Produktivität ³⁾	Kapitalkoeffizient ⁴⁾
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %					Kapitalstock in % des BIP
1946/1951	+ 15,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 14,1	6,5
1951/1955	+ 6,0	+ 2,6	- 0,3	+ 0,7	+ 5,3	3,3
1955/1970	+ 4,8	+ 5,2	- 0,1	+ 1,6	+ 3,2	2,9

Q: Erwerbstätige laut VGR; Kapitalstock bis 1954: eigene Schätzung (Rückschreibung mit Hilfe der Nettoinvestitionen), ab 1954 laut WIFO. – ¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Arbeitszeit. – ²⁾ Arbeit und Kapital gewichtet im Verhältnis 2/3 : 1/3. – ³⁾ Totale Faktorproduktivität (Solow-Residuum). – ⁴⁾ Kapitalstock in Relation zum BIP zu Beginn der Periode.

Vom nachkriegsbedingten Tiefstand erholte sich zuerst die gewerbliche Wirtschaft. Die gewerbliche Sachgüterproduktion¹⁾ stieg im Zeitraum 1946/1955 um fast 18% pro Jahr, mehr als doppelt so stark wie die Produktion der anderen Wirtschaftsbereiche. Auch im "golden age" lag sie voran, aber nicht mehr so spektakulär.

Die Industrie als Wachstumsmotor

Übersicht 2: Wirtschaftswachstum nach Sektoren

	Land- und Forstwirtschaft	Industrie und Gewerbe ¹⁾	Dienstleistungen	Bruttonationalprodukt insgesamt
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			
1937/1946	- 5,4	- 7,2	- 4,1	- 4,8
1946/1955	+ 7,0	+ 17,8	+ 8,5	+ 10,9
1955/1973	+ 1,2	+ 6,0	+ 4,7	+ 4,9
1973/2000	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5

Q: VGR, reale Reihen (Abschnitte mit unterschiedlicher Preisbasis rückverkettet), - ¹⁾ Gewerbliche Sachgüterproduktion.

Obschon sich die Arbeitsproduktivität kräftig erhöhte, benötigte die gewerbliche Sachgüterproduktion zusätzliche Arbeitskräfte. In der Wiederaufbauperiode beanspruchte sie etwa die Hälfte des hauptsächlich aus der Landwirtschaft stammenden zusätzlichen Angebotes an Arbeitskräften. Später gewannen die Dienstleistungen an Gewicht, doch nahm auch die Sachgüterproduktion bis gegen Ende des "golden age" Personal auf.

Innerhalb der gewerblichen Sachgüterproduktion galt die Industrie, die fabrikmäßige Erzeugung von Gütern, als Motor des Wirtschaftswachstums. Sie verfügte nicht nur selbst über ein hohes Wachstumspotential, sondern stimulierte – so wurde zumindest unterstellt – auch den technischen Fortschritt in den anderen Wirtschaftsbereichen. Wachstumspolitik erschien darum zu einem guten Teil Industriepolitik²⁾. Der Industriekapitalismus vernachlässigte die Umweltproblematik, und er unterschätzte (vor der Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien) das Produktivitätspotential der Dienstleistungsbetriebe. (Als sich gegen Ende des "golden age" eine stärkere Verlagerung der Beschäftigung zugunsten der Dienstleistungen abzeichnete, versuchte man dem durch eine neue Industrialisierungswelle entgegenzuwirken.)

Nach Kriegsende hatte die Steigerung der Agrarproduktion Priorität, damit die städtische Bevölkerung zumindest quantitativ ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt und ein größerer Teil der Auslandshilfe zur Belebung der gewerblichen Produktion eingesetzt werden konnte. Das gelang nur unvollkommen. Die Wirtschaftspolitik registrierte besorgt den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften; die Bemühungen, zusätzliche Arbeitskräfte in die Landwirtschaft zu dirigieren oder zumindest die Abwanderung aus der Landwirtschaft hintanzuhalten, schlugen fehl. Während in der gewerblichen Sachgüterproduktion schon 1947 ein stürmischer Aufholprozess begann, dauerte es sieben Jahre, bis die Agrarproduktion wieder den Vorkriegsstand erreichte – etwa ebenso lang wie nach dem Ersten Weltkrieg.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Weltmarkt für Agrarprodukte bereits entspannt, und weitere Produktionssteigerungen erschienen nicht mehr vordringlich. Der zentrale Beitrag der Landwirtschaft zur ökonomischen Entwicklung lag nunmehr darin, dass sie ihre Produktivität stark steigerte. Die Errungenschaften der modernen Landtechnik wurden in kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben realisiert, die zunehmend im Nebenerwerb bewirtschaftet wurden, und nicht etwa in "Agrarfabriken". Dank

Innerhalb der gewerblichen Sachgüterproduktion galt die Industrie, die fabrikmäßige Erzeugung von Gütern, als Motor des Wirtschaftswachstums. Wachstumspolitik erschien darum zu einem guten Teil Industriepolitik.

¹⁾ Dieser Begriff wird synonym mit dem des "sekundären Sektors" verwendet. Er umfasst die Industrie, das produzierende Gewerbe (beide abgegrenzt nach der Zugehörigkeit zu den Sektionen der Handelskammern), die Bauwirtschaft sowie die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung.

²⁾ Für eine aktive Industriepolitik setzte sich in der ökonomischen Literatur vor allem *Kaldor* (1966, 1967) ein. Er begründete das damit, dass sich in der Industrie Skalenerträge realisieren lassen. Deshalb hänge ihr Produktivitätsfortschritt vom Produktionswachstum und damit von einem elastischen Angebot an Industriearbeitern ab. Ein hohes Reservoir an abwanderungsbereiten landwirtschaftlichen Arbeitskräften ermögliche daher ein hohes gesamtwirtschaftliches Wachstum. Nach Ausschöpfung dieses Reservoirs seien wirtschaftspolitische Interventionen angemessen, um zu verhindern, dass der tertiäre Sektor einen zunehmenden Teil des Arbeitskräftepotentials absorbiere.

des Anstiegs der Arbeitsproduktivität konnte die Landwirtschaft Arbeitskräfte abgeben und dennoch ihre Produktion stärker ausweiten als die heimische Nachfrage. (Der Selbstversorgungsgrad stieg kontinuierlich, aus Agrardefiziten wurden schließlich Agrarüberschüsse.)

Anfang der fünfziger Jahre beschäftigte die Land- und Forstwirtschaft noch etwa ein Drittel der Erwerbstätigen, zum BIP trug sie etwa 15% bei (diese Quote wies Ende des 20. Jahrhunderts laut Weltbank die Gruppe der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen auf). Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte bildeten ein bedeutendes Arbeitskräftereservoir für die gewerbliche Wirtschaft – zu einer Zeit, als ausländische Gastarbeiter noch nicht zur Verfügung standen. Der Anteil der Agrarwirtschaft an den Erwerbstätigen sank in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre auf 27,6% und im "golden age" auf 12%. In der ersten Periode wanderten 30.000 und in der letzteren 27.000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte jährlich ab.

Die Dollarlücke

Österreich erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg Auslandshilfe im Wert von 1,6 Mrd. \$. Es konnte damit international knappe, für die heimische Wirtschaft wichtige Güter im Ausland kaufen, auch wenn es noch nicht oder nur unter sehr ungünstigen Bedingungen imstande war, Devisen selbst zu verdienen (Schließung der Dollarlücke).

Österreich erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg Auslandshilfe im Wert von 1,6 Mrd. \$ (1,9 Mrd. \$ zu Preisen von 1955), etwa fünfmal so viel wie nach dem Ersten Weltkrieg. Davon stammte etwa ½ Mrd. \$ aus verschiedenen Hilfsaktionen bis zum Anlaufen des Marshallplans Mitte 1948. Unmittelbar nach Kriegsende halfen die Besatzungsmächte mit Lebensmitteln aus, 1946 versorgte die UNRRA Österreich mit Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsgütern. Diese Hilfslieferungen verhinderten eine Hungersnot, reichten aber nicht aus, um die Produktion anzukurbeln. Der Übergang von der Erhaltungs- zur Wiederaufbauhilfe vollzog sich Ende 1946. Westliche Experten schätzten den dringenden Importbedarf Österreichs ("Dort-Plan"). Aufgrund dieser Evaluierung begannen die USA 1947 zunächst ad hoc und später systematisch mit Hilfslieferungen. Großbritannien gewährte einen – später überwiegend in Geschenke umgewandelten – Pfundkredit, etwa 1½ Jahre bevor der Marshallplan anlief. Der überwiegende Teil der ausländischen Hilfslieferungen wurde Österreich geschenkt.

Die Auslandshilfe erfüllte eine doppelte Funktion: Österreich erhielt erstens Devisen (Dollar). Es konnte damit international knappe, für die heimische Wirtschaft wichtige Güter im Ausland kaufen, auch wenn es noch nicht oder nur unter sehr ungünstigen Bedingungen imstande war, Devisen selbst zu verdienen (Schließung der Dollarlücke). Zweitens erhielt Österreich Kapital. Es konnte somit im Inland mehr investieren (in Schilling), als gespart wurde (Schließung der Sparlücke).

Für die Dollarseite und für die Schillingseite der Auslandshilfe wurden im Marshallplan verschiedene Planungsverfahren eingerichtet: Die Zahlungsbilanzschätzungen und die darauf aufbauenden Importpläne (Devisenverwendungspläne) befassten sich mit der "Dollarlücke", mit der Finanzierung des dringenden Importbedarfs durch Auslandshilfe. Die "Counterpart"-Verwendungspläne (die Pläne über die Verwendung der Schillingerglöse aus dem Verkauf von Hilfsgütern) befassten sich mit der "Sparlücke", mit der Finanzierung des über das heimische Sparen hinausgehenden Wiederaufbaubedarfs.

Die Dollar- und die Schillingseite der Auslandshilfe waren nicht immer gleich "wichtig" (akzeptable Gleichgewichtsbeziehungen sind auf manchen Märkten einfacher zu erreichen als auf anderen). Nach Kriegsende stand zunächst der Devisenaspekt – die Beschaffung von unentbehrlichen Importgütern –, im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses. Später gewannen Überlegungen an Gewicht, wie die Erlöse aus der Auslandshilfe zweckmäßig verwendet werden könnten.

Nach Kriegsende befand sich Österreich in einer misslichen außenwirtschaftlichen Lage. Es brauchte ausländische Nahrungsmittel, um die Bevölkerung zu ernähren. Und es brauchte Kohle, um seine Wirtschaft in Gang zu setzen. Beides war in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf den internationalen Märkten knapp und daher teuer. Zum Teil waren diese Güter überhaupt nicht oder auch in Europa nur gegen Zahlung in Dollar erhältlich. Wie viel Ruhrkohle Österreich erhielt, wurde in London von einer internationalen Kommission entschieden. Ein internationales Weizenabkommen steuerte die Getreidelieferungen aus Übersee nach Westeuropa.

Das heimische Angebot bestand zu einem erheblichen Teil aus "entbehrlichen" Gütern und Leistungen. Ein gutes Beispiel bot der Tourismus, in normalen Zeiten ein wichtiges Aktivum der österreichischen Wirtschaft. Nach Kriegsende litt er unter den unwirtschaftlichen Bedingungen in Österreich. Auch stellten wichtige Herkunftsländer wie etwa Deutschland für den Tourismus keine Devisen bereit. Soweit die heimische Wirtschaft international begehrte Güter erzeugte, wurden sie größtenteils für den Wiederaufbau benötigt oder als Quasi-Reparaturen von der UdSSR beansprucht.

Dazu kam die regionale Problematik. Der Handel mit Deutschland wurde zumindest in der ersten Nachkriegszeit aus politischen Gründen stark eingeschränkt. Der Handel mit den Nachfolgestaaten der Monarchie litt unter dem "eisernen Vorhang" sowie darunter, dass diese Länder selbst Missernten hatten. Der heimische Export kam nur langsam in Schwung, obschon das lange Zeit praktizierte System multipler Wechselkurse und der im Frühjahr 1953 erheblich über den Kaufkraftparitäten festgelegte Einheitskurs von 26 S je Dollar auch wenig leistungsfähigen Betrieben rentable Exportgeschäfte erlaubten.

Unter diesen Umständen war Österreich in hohem Maße von ausländischer Hilfe abhängig. Nach der Zahlungsbilanzstatistik der OeNB betrug 1947 die Importe das Dreifache der Exporte. 1948 waren sie doppelt so hoch und selbst 1951, im letzten vollen Jahr des Marshallplans, noch um ein Drittel höher. Das Zahlungsbilanzdefizit war fast ausschließlich ein Dollardefizit. Im ersten Jahr des Marshallplans konnte nur ein Zehntel der geplanten Importe aus dem Westen mit selbst verdientem Dollar beglichen werden. Selbst diese bescheidenen Dollareinkünfte stammten aus nicht-kommerziellen Transaktionen: aus der Refundierung der Besatzungskosten durch die USA und aus Beiträgen der Internationalen Flüchtlingsorganisation zu den Unterhaltskosten von Vertriebenen. Auch in Europa waren knappe Güter nur gegen Dollarzahlung erhältlich. (Österreich bezahlte dollarwertige Ruhrkohle aus der BRD mit Ziehungsrechten, der indirekten Hilfe des Marshallplans.)

Dollarknappheit und Produktengpässe waren temporäre Erscheinungen der Nachkriegszeit. Sie wurden allmählich überwunden, in Österreich später als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. Immerhin: im ersten Jahr des Marshallplans (1948/49) mussten noch über 88% der Nahrungsmittelimporte in Dollar beglichen werden, 1950/51 nur noch 23%. Ähnliches gilt für polnische Kohle. Überdies konnte Österreich seit Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EPU) im Herbst 1950 und der schrittweisen Liberalisierung der innereuropäischen Importe auch Dollar verdienen, indem es Überschüsse im Handel mit Westeuropa erzielte. Solche Überschüsse hingen nicht mehr wie früher vom Angebot an einigen wenigen Wiederaufbaugütern ab, sondern von der internationalen Konkurrenzfähigkeit einer immer breiteren Palette von Waren und Betrieben.

Die Schließung der Lücken, die der Krieg und die Demontagen im produktiven Kapitalstock gerissen hatten, erforderte hohe Investitionen. Tatsächlich lief die Investitionstätigkeit nach Kriegsende nur langsam an. 1948, im ersten Nachkriegsjahr, für das die VGR Daten liefert, betrug der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP in Österreich nur 12,7%. Das war zwar mehr als 1937, doch deckten damals die Investitionen nicht einmal den Verschleiß der bestehenden Anlagen. Dann allerdings nahm die Investitionsquote sprunghaft zu. Bis 1955 stieg sie auf 21,9%. Entgegen den Erwartungen hielt die steigende Tendenz bis zum Ende des "golden age" an³⁾.

Das zögernde Anlaufen der Investitionstätigkeit kann damit erklärt werden, dass das inländische Sparen sehr gering war. Von den privaten Haushalten war keine nennenswerte Sparleistung zu erwarten (die ärmeren Schichten brauchten ihre Sparguthaben auf). Die öffentliche Hand war mit hohen Besatzungskosten und mit Nahrungsmittelsubventionen belastet. Auch musste ein Teil der Finanzierungsmittel dazu verwendet werden, die dezimierten Lager aufzufüllen und der steigenden Produktion anzupassen.

³⁾ Die Zunahme der Investitionsquote passt nicht gut zum Befund eines konstanten Kapitalkoeffizienten. Möglicherweise hatten die Verschleißraten steigende Tendenz (die Demontagen 1945 bewirkten eine Vorverlegung künftiger Abgänge).

Der Investitionsboom

Die Investitionen waren in der Wiederaufbauperiode aus verschiedenen Gründen effizient: Viele Investitionen beseitigten Engpässe, die neu angeschafften Anlagegüter verkörperten den jeweils letzten Stand der Technik, und der Marshallplan erlaubte den konzentrierten Einsatz umfangreicher Mittel in Schwerpunkten.

Damit die Investitionen anlaufen konnten, waren zwei Engpässe zu überwinden: Zum einen mussten Finanzierungsmittel in heimischer Währung (Sparen im makroökonomischen Sinn) verfügbar sein (oder induziert werden). Zum anderen mussten für jene Anlagegüter, die nicht im Inland hergestellt werden konnten – und das waren gerade jene, die ein überlegenes Know-how verkörperten – Devisen bereitgestellt werden. Der Marshallplan (ERP) half, beide Engpässe zu überwinden. Nach dem (etwas modifizierten) "Konsolidierten Vermögensveränderungskonto" der VGR wurde in der Periode des Marshallplans brutto ein Drittel der Vermögensbildung aus der Auslandshilfe finanziert, netto (ohne Abschreibungen) sogar mehr als die Hälfte⁴).

Die Investitionen waren in der Wiederaufbauperiode aus verschiedenen Gründen effizient: Viele Investitionen beseitigten Engpässe und ermöglichten damit die Nutzung sonst brachliegender Anlagen (hohe externe Effekte). Weiters verkörperten die neu angeschafften Anlagegüter den jeweils letzten Stand der Technik und waren viel leistungsfähiger als die alten Anlagen, die sie ersetzten. Der "Jahrgangseffekt" war in der Wiederaufbauperiode besonders groß, weil in den dreißiger Jahren nur wenig investiert worden war und weil die während der deutschen Annexion angeschafften Investitionsgüter von der Roten Armee in den von ihr besetzten Landesteilen demontiert worden waren⁵). Auch mussten Investitionsgüter, die während des Kriegs in den von Deutschland besetzten Gebieten hergestellt worden waren, aufgrund der Londoner Deklaration von 1943 den Herkunftsändern zurückgegeben werden (z. B. Transformatoren in Ranshofen an Frankreich).

Nicht zuletzt erlaubte der Marshallplan den konzentrierten Einsatz umfangreicher Mittel in Schwerpunkten. Die Investitionspolitik konnte "Klotzen statt Kleckern" und damit neue Strukturen schaffen. Ein wichtiger Strukturwandel wurde in der Industrie angebahnt. Während der deutschen Annexion waren vorwiegend im oberösterreichischen Raum neue Großbetriebe entstanden: die Hütte Linz, das Aluminiumwerk Ranshofen, die Stickstoffwerke und die Zellwollefabrik in Lenzing. Zur Diskussion stand, ob diese – zum Teil noch nicht voll ausgebauten – Betriebe der Grundstoffherzeugung, die nur schlecht in das traditionelle Bild der heimischen Industrie zu passen schienen, weiterentwickelt oder ob etwa nach dem Muster der Schweiz das Schwergewicht auf die leistungsfähige Finalindustrie gelegt werden sollte. Diese Frage war einige Zeit umstritten. Die Grundstoffproduktion hätte in Österreich schlechte Standortbedingungen: Seit Entwicklung der modernen Verhüttungsverfahren im 19. Jahrhundert befände sich die heimische Eisenindustrie auf dem Rückzug. Nach Ende des Wiederaufbaubooms würde sie in Schwierigkeiten geraten, diagnostizierten maßgebliche Ökonomen⁶).

Die Entscheidung, die Grundstoffproduktion auszubauen, hatte nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und politische Gründe (wichtige Teile der Grundstoffproduktion befanden sich in der Besatzungszone der USA). Sie erwies sich auch aus ökonomischer Sicht zumindest zeitweilig als richtig. Der Rüstungsboom nach Ausbruch des Korea-Konflikts und die steigende Nachfrage nach technischen Gütern im "golden age" verlängerten die nachkriegsbedingte Knappheit an Energie und Grundstoffen. Mit der Erzeugung und dem Export von Grundstoffen waren mehr als ein Jahrzehnt lang hohe Gewinne zu erzielen. Überdies verschoben sich die Standortbedingungen für die Eisen- und Stahlindustrie. Mit moderner Technologie konnten auch abseits der traditionellen Standorte nahe der Kohle- und Erzvorkommen konkurrenzfähige Werke errichtet werden. Die VOEST zählte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre nicht zuletzt dank des LD-Verfahrens zu den leistungsfähigsten Werken Europas. Die Schwäche der heimischen Industriepolitik lag darin, dass sie den logisch

⁴) Dieser Vergleich berücksichtigt nur die Vermögensübertragungen aus dem Ausland, nicht aber die an das Ausland in Form von Quasi-Reparationen; siehe hierzu weiter unten das Kapitel "Besatzung und Deutsches Eigentum".

⁵) Ein Beispiel bot die Eisenindustrie: Die neue Walzstrecke, die während der deutschen Annexion in Donawitz installiert worden war, wurde von der Roten Armee demontiert und außer Landes gebracht. Die alte Walzstrecke war noch nicht verschrottet worden und konnte behelfsmäßig wieder in Betrieb genommen werden.

⁶) Als Sprachrohr der Ökonomen fungierte Franz Nemschak, der Leiter des WIFO.

nächsten Schritt, den Aufbau einer effizienten Eisenverarbeitung, nicht systematisch förderte⁷⁾.

Im Gegensatz zum Sachkapital wurde das Humankapital als Wachstumsfaktor in Österreich zunächst wenig beachtet. Die Sicht der "economics of education" gewann erst gegen Ende der sechziger Jahre an Bedeutung⁸⁾. Das mag zum Teil damit zusammenhängen, dass die verfügbaren oder rasch erwerbbaaren Qualifikationen der Arbeitskräfte ausreichten, den Bedarf zu decken. In der Depression der dreißiger Jahre hatten viele Akademiker mangels anderer Verdienstmöglichkeit minderqualifizierte Tätigkeiten angenommen. Von diesen Qualifikationsreserven konnte nach dem Krieg einige Zeit gezehrt werden.

Forschung und Entwicklung ("R&D") wurden erst in den siebziger Jahren zu einem wirtschaftspolitischen Thema von einiger Bedeutung. Forschungsintensive Zweige hatten lange Zeit ein relativ geringes Gewicht. Überdies waren in diesem Bereich vorwiegend multinationale Unternehmen tätig, die ihr Know-how von der Konzernmutter bezogen. Hochqualifizierte Naturwissenschaftler fanden in Österreich in der Nachkriegszeit keinen ihrem Wissen entsprechenden Arbeitsplatz.

Jene Länder, deren Wirtschaft vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden war, versuchten – nicht immer mit Erfolg – die Nachkriegsproblematik zu bewältigen, indem sie das im Krieg entwickelte System der staatlichen Lenkung der Güter- und Einkommensströme (Preiskontrolle, Bewirtschaftung knapper Waren) beibehielten. Was sich im Krieg bewährt hatte, sollte auch im Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft tauglich sein⁹⁾. Im viergeteilten Österreich verordneten die Besatzungsmächte die behördliche Bewirtschaftung der knappen Güter. Zum Teil griffen sie selbst in die Güterverteilung ein (etwa in die monatlichen Ernährungspläne), zum Teil übten sie Druck aus, wenn die österreichischen Behörden (oder die Gesetzgebung) dem Bewirtschaftungsauftrag nicht ausreichend nachzukommen schienen.

Nach Kriegsende wurde eine umfassende Bewirtschaftung angestrebt, die bereits beim Angebot an Produktionsfaktoren ansetzte. Diese Ansätze verliefen jedoch im Sand. Die Errichtung von Maschinenpools im Jahre 1945 scheiterte u. a. daran, dass der Transport von Maschinen über die Zonengrenzen von den Besatzungsmächten untersagt wurde. Das Arbeitspflichtgesetz wurde so "human" vollzogen, dass es ebenso wie andere Lenkungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt (etwa das Verbot, bei öffentlichen Bauaufträgen aus der Landwirtschaft stammende Arbeitskräfte zu beschäftigen) so gut wie wirkungslos blieb.

Die Bewirtschaftung beschränkte sich in der Hauptsache auf Güter. Auch hier wurde eher eine weiche Linie verfolgt. Es gab nur vereinzelt Produktionsauflagen, und die wenigen wurden nicht immer eingehalten. Knappe Rohstoffe und Energie wurden – von bestimmten zeitlich begrenzten Maßnahmen abgesehen – unter Vernachlässigung von Effizienzgesichtspunkten gleichmäßig an die Verarbeitungsbetriebe verteilt. Die Abstimmung zwischen den nach Warengruppen gebildeten Bewirtschaftungskreisen sowie zwischen ihnen und der Außenhandelslenkung war schwierig und misslang oft¹⁰⁾. Im Allgemeinen scheint die Bewirtschaftung von Nahrungsmitteln besser funktioniert zu haben als die der gewerblichen Güter. Die Lebensmittelrationen deckten etwa 90% des Verbrauchs der städtischen Haushalte. Die Preise auf den relativ dünnen Schwarzen und Grauen Märkten waren allerdings extrem hoch.

Bewirtschaftung und Planung

Bewirtschaftung und Preisregelung waren als temporäre Notmaßnahme gedacht. Die Bewirtschaftung von gewerblichen Gütern wurde, von Restbeständen abgesehen, Ende 1948 und die von Nahrungsmitteln Ende 1949 beendet. Grenzüberschreitende Transaktionen unterlagen länger behördlichen Genehmigungen.

⁷⁾ Der Industrielle Josef Taus bedauerte, dass es in Österreich nicht gelang, ein oder zwei Flaggschiffe der Fertigwarenindustrie zu entwickeln.

⁸⁾ Das Thema wurde in Österreich erstmals von *Steindl* (1967) artikuliert.

⁹⁾ Theoretische Begründungen für den Gradualismus – den schrittweisen Übergang von der Kommandowirtschaft des Kriegs zur Marktwirtschaft – lieferten vor allem englische Nationalökonominnen, insbesondere *Hicks* (1947).

¹⁰⁾ Die Abstimmungsproblematik lässt sich mit den Begriffen der Input-Output-Technik formulieren. Zu klären waren vor allem zwei Fragen: Wie hoch müssen die Nettoimporte an Gütern der einzelnen Wirtschaftsbereiche sein, um die bestehenden Kapazitäten zu nutzen, wenn man bestimmte Mindestbezüge der Konsumenten und der Investoren vorgibt und die interindustrielle Verflechtung berücksichtigt? Und wenn die erforderlichen Nettoimporte nicht verfügbar sind: wo muss man kürzen, um den Schaden möglichst klein zu halten?

Bewirtschaftung und Preisregelung waren nur als temporäre Notmaßnahme gedacht. Sobald sich der kurzfristige Gleichgewichtspreis dem langfristigen näherte (keine knappheitsbedingten Übergewinne mehr zu erzielen waren), sollten sie aufgegeben werden. Die Bewirtschaftung von gewerblichen Gütern wurde, von Restbeständen abgesehen, Ende 1948 und die von Nahrungsmitteln Ende 1949 beendet. Grenzüberschreitende Transaktionen unterlagen länger behördlichen Genehmigungen.

Die Frage war, welche Wirtschaftsordnung nach dem Wiederaufbau angestrebt werden sollte. "Zurück ins 19. Jahrhundert" schien keine brauchbare Alternative. Die Wirtschaftspolitiker und ihre Berater standen noch unter dem Eindruck der schweren Depression der dreißiger Jahre. Ein möglicher Weg, die diagnostizierte Krisenanfälligkeit des Kapitalismus zu verringern, ohne das System grundlegend zu ändern, schien der Keynesianismus zu sein. Um eine Vollbeschäftigungspolitik nach keynesianischem Rezept betreiben zu können, brauchte die nationale Wirtschaftspolitik Freiräume, die ihr eine globale Weltwirtschaft mit offenen Grenzen und festen Wechselkursen nicht bot. Vor allem grenzüberschreitende Kapitaltransaktionen sollten von den nationalen Regierungen kontrolliert werden. Selbst die Kompromisse, die die Abkommen von Bretton Woods boten, erwiesen sich in der Nachkriegszeit als nicht ausreichend.

Stärkere Eingriffe, als sie der liberale Keynesianismus vorsah, standen in einigen westeuropäischen Ländern zur Diskussion. Dazu gehörten die Änderung der Entscheidungsverhältnisse durch Verstaatlichung und der Ersatz von "oligopolistischer" Konkurrenz durch eine kooperative Investitionsplanung zumindest für Schlüsselbereiche.

In Österreich forderten Gewerkschaften und SPÖ unmittelbar nach Kriegsende die Verstaatlichung der Großindustrie und der Großbanken. Das 1. Verstaatlichungsgesetz vom Juli 1946 führte 70 Unternehmen oder Unternehmensteile in das Eigentum der Republik Österreich über. Darunter befanden sich nahezu die gesamte Grundstoffindustrie (einschließlich Bergbau), wichtige Betriebe der Eisenverarbeitung und der chemischen Industrie sowie die Großbanken (die ihrerseits über namhafte Industriebeteiligungen verfügten). Das 2. Verstaatlichungsgesetz vom März 1947 etablierte das öffentliche Eigentum in der Elektrizitätswirtschaft.

Aus dem Blickwinkel führender Sozialisten bildeten nach 1945 Verstaatlichung und Wirtschaftsplanung eine Einheit. Das kann teilweise aus den besonderen Zeitumständen erklärt werden. Wirtschaftsplanung wurde nicht nur vom Sozialismus gefordert, sondern vom Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung unter dem der ÖVP angehörenden Minister Peter Krauland tatsächlich praktiziert. 1948 wurden von den Planungsausschüssen des Ministeriums Konstitutionspläne für die Grundstoffindustrie und die Energiewirtschaft fertiggestellt und 1948/49 von der Interministeriellen Planungskommission genehmigt. Ferner arbeiteten die Ausschüsse an Plänen für die Textil-, Leder und Bekleidungsindustrie, die Elektroindustrie, den Stahlbau, die Bau- und die Baustoffindustrie sowie die Fahrzeugindustrie.

Schon 1949 geriet jedoch die Planung ins Stocken. Außer den 1948 vorgelegten Konstitutionsplänen für eine verstaatlichte Industrie wurden keine weiteren Pläne entscheidungsreif. Investitionsplanung wurde noch im Marshallplan betrieben, doch war dies nur eine Übergangsstrategie auf dem Weg zur Marktwirtschaft.

Die für die ersten Nachkriegsjahre charakteristische Verknüpfung von Verstaatlichung und Wirtschaftsplanung wurde bald gelöst. Zwei Weichenstellungen sind zu erwähnen:

- Als die sozialistische Partei aus den Wahlen 1949 gestärkt hervorging, schlug Vizekanzler Schärf vor, das von Krauland geleitete Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ersatzlos aufzulösen. Im Gegenzug übernahm ein Repräsentant der sozialistischen Partei die Leitung eines Wirtschaftsministeriums, des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen. Das Gegensatzpaar Planwirtschaft versus Marktwirtschaft wurde durch das Gegensatzpaar Gemeinwirtschaft versus Privatwirtschaft ersetzt, das lange Zeit in den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der beiden Großparteien eine prominente Rolle spielte.

Wirtschaftsplanung wurde vom Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung unter Minister Peter Krauland praktiziert. Schon 1949 geriet jedoch die Planung ins Stocken. Das Gegensatzpaar Planwirtschaft versus Marktwirtschaft wurde durch das Gegensatzpaar Gemeinwirtschaft versus Privatwirtschaft ersetzt.

- Ende 1951 erklärte Stefan Wirländer, ein führender Vertreter der Arbeiterschaft, auf dem zweiten Kongress des ÖGB, dass die von vielen Arbeitnehmern geforderte Planwirtschaft nicht realisiert werden könnte. Der Keynesianismus böte jedoch die Möglichkeit, auch in einer kapitalistischen Volkswirtschaft ständig Vollbeschäftigung zu erhalten. Nur vorübergehend tauchte später der Gedanke auf, das französische System der Planification in Österreich zu übernehmen.

Die Wirtschaftspolitik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem doppelten Inflationsproblem konfrontiert: Infolge der Kriegsfinanzierung zirkulierte zu viel Geld in der Wirtschaft (Nachfrageüberschuss), und infolge der desolaten Nachkriegsverhältnisse mangelte es trotz hoher Beschäftigung an Gütern (Produktivitätslücke).

Den Nachfrageüberschuss versuchte die Regierung durch zwei Währungsreformen zu beseitigen: Das Schillinggesetz von Ende 1945 ersetzte die Reichsmark durch den Schilling und blockierte einen Teil der liquiden Mittel (Banknoten und Einlagen). Das Währungsschutzgesetz von Ende 1947 legte einen weiteren Teil der aktiven Geldmenge still und strich die blockierten Beträge größtenteils ersatzlos (nur ein geringer Teil wurde durch Schuldverschreibungen des Bundes abgelöst). Das monetäre Korsett wurde jedoch nicht so eng geschnürt, dass von der Geldseite Preisstabilität erzwungen worden wäre.

Schwieriger als der Nachfrageinflation war der Kosteninflation beizukommen. Preise und Löhne waren während des Kriegs eingefroren. Der Produktivitätsrückgang nach Kriegsende auf etwa die Hälfte des Vorkriegsstands hatte bei den gegebenen Geldeinkommen zur Folge, dass die Produktionskosten sprunghaft zunahmen. Die Stopppreise waren unter diesen Umständen nicht zu halten. Andererseits waren die Arbeitnehmer nicht bereit, Verteuerungen ohne Lohnausgleich hinzunehmen. Überdies verteuerten sich auf den Weltmärkten Agrarprodukte und Energie stärker als Fertigwaren. Daraus entstand eine Reaktionskette, die die Sozialpartner mit Hilfe von Preis- und Lohn-Abkommen unter Kontrolle zu halten versuchen. Immer dann, wenn die Landwirtschaft eine Anhebung der Agrarpreise und die öffentlichen Körperschaften eine Anhebung der Tarife forderten, einigten sich die Sozialpartner auf das Ausmaß der Verteuerungen und auf kompensierende Lohnerhöhungen. Bis Ende 1951 wurden fünf solcher Abkommen abgeschlossen. Ihre Problematik lag daran, dass es nicht gelang, konsistente Lösungen im Konsensweg zu finden. Jedes Abkommen trug bereits den Keim eines neuen in sich.

Die heimische Wirtschaftspolitik hatte sich in den ersten Nachkriegsjahren auf die Entfaltung der Produktion konzentriert. Dabei wurden eine trabende Inflation und eine relativ hohe Abhängigkeit von ausländischer Hilfe akzeptiert. 1951 wurde jedoch der Mangel an innerer und äußerer finanzieller Stabilität zu einem wirtschaftspolitischen Problem, dessen Lösung nicht länger aufgeschoben werden konnte.

Die Teuerungsrate erreichte im Laufe des Jahres 1951 infolge der Korea-Hausse 40% und näherte sich damit einem kritischen Wert. Die Initiative ergriffen der bisherigen Übung entsprechend die Sozialpartner. Die Vertreter der Industrie erklärten sich im Herbst 1951 bereit, die Preise bestimmter Warengruppen freiwillig zu senken (genauer formuliert: die Kostensenkungen, die sich aus dem Abflauen der Korea-Hausse ergaben, in einer zwischen den Unternehmen akkordierten Form weiterzugeben). Als Gegenleistung verzichteten die Gewerkschaften auf einen Teuerungsausgleich in den Löhnen.

Ob damit mehr als eine Atempause erzielt werden konnte, muss offen bleiben. Inzwischen wuchs nämlich der Druck der ausländischen Geldgeber, finanzielle Stabilität durch eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik zu erzwingen. Den Anfang machte die Europäische Zahlungsunion. Österreich kam mit der Starthilfe von 80 Mio. \$ nicht aus. Die USA stellten zwar über Empfehlung der EPU zusätzlich 10 Mio. \$ bereit, doch wurden von der heimischen Wirtschaftspolitik korrigierende Maßnahmen verlangt. Das Direktorium der EPU befand in einer Sitzung im Herbst 1951 die österreichischen Maßnahmen für unzureichend und stellte die folgenschwere Diagnose: Der Mangel an

Die Nachkriegsinflation

Die Wirtschaftspolitik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem doppelten Inflationsproblem konfrontiert: Infolge der Kriegsfinanzierung zirkulierte zu viel Geld in der Wirtschaft (Nachfrageüberschuss), und infolge der desolaten Nachkriegsverhältnisse mangelte es trotz hoher Beschäftigung an Gütern (Produktivitätslücke).

Stabilisierung durch Schocktherapie

innerer und äußerer finanzieller Stabilität hätte eine gemeinsame Wurzel, nämlich eine zu hohe, die heimischen Produktionsmöglichkeiten übersteigende Binnennachfrage. Damit wurde ein Paradigmenwechsel angebahnt. Die Geld- und Fiskalpolitik wurde für die Entwicklung des Preis- und Lohnniveaus verantwortlich gemacht, und die Sozialpartner hatten sich anzupassen (akkommodieren), und nicht umgekehrt.

Um den Forderungen der EPU zu entsprechen, entschloss sich die heimische Wirtschaftspolitik im Dezember 1951 zu einem Antiinflationpaket I (es umfasste u. a. eine Anhebung der seit 1945 unveränderten Bankrate). Damit gaben sich jedoch die USA nicht zufrieden. Sie hatten schon im Herbst 1951 eine drastische Kürzung ihrer direkten Hilfe für das Fiskaljahr 1951/52 angekündigt und verlangten weitere nachfragebeschränkende Maßnahmen, um innere und äußere finanzielle Stabilität herzustellen: einen strikten Budgetausgleich auch ohne Freigabe von Counterpartmitteln sowie Kreditverteuerungen und -verknappungen mit dem Ziel, das kommerzielle Kreditvolumen auf dem Stand von Anfang 1951 einzufrieren. Das Antiinflationpaket II wurde im Laufe des 1. Halbjahres 1952 geschnürt und im Juli 1952 mit einer Erhöhung der Bankrate auf 6% abgeschlossen.

Auf innenpolitischer Ebene wurde der Stabilitätskurs von Finanzminister Kamitz getragen. Er nutzte die Unterstützung der USA, um einen strikten Stabilitätskurs zu verfolgen, der ihn gleichzeitig seinem eigentlichen Ziel, Freiräume für die Unternehmen zu schaffen, näher brachte. Die sozialistische Partei kritisierte nicht die Interventionen der USA, sondern die Art, wie der Finanzminister den Stabilisierungskurs implementierte, insbesondere die Kürzung der öffentlichen Investitionen.

Die Stabilisierungspolitik erreichte das angestrebte Ziel. Das Preisniveau hatte im Laufe des Jahres 1952 eine leicht sinkende Tendenz, die Zahlungsbilanz begann sich Mitte 1952 zu drehen. Hatte man im Herbst 1951 noch geglaubt, mit einer Hilfe von 120 Mio. \$ nicht auszukommen, so wurden 1953 und 1954 Überschüsse in der laufenden Zahlungsbilanz von je 70 Mio. \$ erzielt. Da überdies Devisen aus nicht erfassten Quellen eingingen (Rückstrom von legal und illegal im Ausland angelegten Geldern), konnte die Notenbank ihre valutarischen Bestände kräftig aufstocken. Innere und äußere finanzielle Stabilität wurde allerdings mit einer schweren Stabilisierungskrise erkaufft: Die Arbeitslosigkeit erreichte im Durchschnitt 1953 die Rekordhöhe von 8,5%. Schon im Laufe des Jahres 1953 aber begann sich jedoch die Wirtschaft zu erholen. 1955 wurde wieder der alte Wachstumspfad erreicht. Der Erfolg der Schocktherapie lag letztlich darin, dass die Stabilisierungskrise nur kurz, das Regime innerer und äußerer finanzieller Stabilität aber von Dauer war.

Die Etablierung marktwirtschaftlicher Institutionen

Die Wirtschaftsordnung, die sich nach der Stabilisierung der Währung etablierte, überließ mehr dem Markt als die Wirtschaftspolitik vorher. Dennoch hatte sie den Charakter einer "Übergangsordnung", gekennzeichnet durch eine Mischung von traditionellem österreichischen Kapitalismus und verschiedenen Ordnungselementen, die in der Nachkriegszeit entwickelt wurden, wie die Sozialpartnerschaft und die Gemeinwirtschaft.

Während des Wiederaufbaus waren verschiedene, grundsätzlich als notwendig anerkannte Maßnahmen zurückgestellt worden. Dieser Reformstau wurde nach der Stabilisierung der Währung aufgelöst. Zu den marktwirtschaftlichen Reformen gehörten u. a. die Identifizierung des Wertpapierbestands, die Entschädigung der Aktionäre verstaatlichter Unternehmen, die Vereinbarungen über die Vorkriegsschulden (Römer Protokolle), die Entlastung der Finanzintermediäre von wertlosen Forderungen aus der Zeit der deutschen Annexion und die Einlösung der ein Jahrzehnt alten Zusage, ein zeitgemäßes Notenbankstatut zu schaffen.

Der Staatsvertrag beendete nicht nur die Besetzung des Landes durch fremde Truppen. Er bereinigte auch die offene Frage des Deutschen Eigentums. Die Signatarstaaten des Vertrags übertrugen das Deutsche Eigentum in Österreich dem österreichischen Staat, die UdSSR allerdings nur gegen Ablöselieferungen. Eigentums- oder Entschädigungsansprüche der Westmächte wurden durch beigefügte Memoranden geregelt. Der deutsch-österreichische Vermögensvertrag von 1957 präziserte, was als "kleines Deutsches Eigentum" an Deutsche zurückgegeben wurde. Das Vermögen der früheren jüdischen Mitbürger wurde rückgestellt, wenngleich manche Forderungen noch offen blieben.

In den Notzeiten nach Kriegsende waren die Realeinkommen der Unselbständigen komprimiert worden. Nunmehr schuf die Wirtschaftspolitik Anreize, mehr "zu arbeiten, zu sparen und zu investieren". Die Kollektivverträge und die Steuerpolitik begünstigten mittlere und höhere Einkommen, die Sparförderung prämierte das Sparen in hö-

herwertigen Sparformen, ein Bündel von Maßnahmen entlastete die Unternehmen (vorzeitige Abschreibungen, Exportrückvergütungen, Schilling-Eröffnungsbilanzen).

Die Wirtschaftsordnung, die sich nach der Stabilisierung der Währung etablierte, überließ mehr dem Markt als die Wirtschaftspolitik vorher. Dennoch hatte sie den Charakter einer "Übergangsordnung", gekennzeichnet durch eine Mischung von traditionellem österreichischen Kapitalismus und verschiedenen Ordnungselementen, die in der Nachkriegszeit entwickelt wurden, wie die Sozialpartnerschaft und die Gemeinwirtschaft.

Der österreichische Kapitalismus hatte sich schon frühzeitig dadurch ausgezeichnet, dass die "unsichtbare Hand" des Marktes durch die "sichtbare Hand" privater und öffentlicher Marktregelungen ergänzt wurde. Ein restriktives Gewerberecht schützte seit Karl Lueger die "Kleinen" vor den "Großen". Kartellvereinbarungen, enge Verflechtungen zwischen den Banken und der Industrie sowie Schutzzölle (vor allem in der Zwischenkriegszeit) dämpften die Konkurrenz zwischen den "Großen". Daran änderte sich bis Mitte der fünfziger Jahre nur wenig. Hinzu kam die Agrarmarktordnung, die auch die Verarbeitungsbetriebe umfasste. Der 1952 freigegebene Johnstone-Bericht (Johnstone, 1951) und die österreichische Gegenkritik (*Austrian Economists*, 1953) beleuchteten diese Verhältnisse.

Erst die europäische Integration in ihren verschiedenen Etappen und die sie begleitenden wettbewerbsrechtlichen Maßnahmen verschärfen die Konkurrenz und engten die Preissetzungsspielräume der Unternehmen ein. Die Entwicklung verlief jedoch nicht geradlinig in Richtung Wettbewerbswirtschaft, sondern über die Zwischenstufe einer sozialpartnerschaftlichen "Verhandlungswirtschaft". Im März 1957 vereinbarten die Präsidenten der Handelskammer und des Gewerkschaftsbundes die Schaffung einer Paritätischen Kommission, 1958 bildeten die Sozialpartner den Paritätischen Ausschuss im Kartellrecht, 1963 wurde der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen gegründet, 1968 entstand die Wirtschaftspolitische Aussprache, 1969 das Verbändekomitee.

Der Aufbau einer leistungsfähigen Volkswirtschaft vollzog sich unter schwierigen Rahmenbedingungen. Auf der Moskauer Konferenz von 1943 erklärten die USA, Großbritannien und die UdSSR, dass Österreich das erste Opfer Hitler-Deutschlands gewesen sei. Tatsächlich wurde es jedoch nur zum Teil als "befreit" behandelt. Das Land war zehn Jahre lang von vier Mächten besetzt. Die Kosten der Besetzung und die Eingriffe der Besatzungsmächte waren vor allem in den schwierigen ersten Nachkriegsjahren drückend¹¹⁾. Selbst im Staatsvertrag 1955 musste Österreich noch Beschränkungen seiner Souveränität hinnehmen. Die UdSSR verzichtete zwar entgegen ihrer ursprünglichen Absicht auf direkte Reparationen von Österreich; sie erreichte jedoch das gleiche Ziel über ihre Ansprüche bezüglich des Deutschen Eigentums in Österreich.

Die österreichische Wirtschaft war in den Jahren der Annexion durch das Deutsche Reich mit zum Teil anfechtbaren Methoden "germanisiert" worden. Vom Kapital der Aktiengesellschaften entfielen zu Kriegsende 57% auf deutsche Eigentümer gegenüber nur 9% Ende 1937. In der Energiewirtschaft und in der Grundstoffindustrie wurde während der deutschen Annexion unabhängig vom Eigentümer viel investiert. In der Spätphase des Zweiten Weltkriegs entstanden außerdem in den östlichen Landesteilen große Produktionsstätten für finale Rüstungsgüter (Panzer, Flugzeuge). An diese beiden Merkmale knüpften die von der UdSSR beanspruchten "Quasi-Reparationen" an.

Als die Rote Armee 1945 in Österreich einrückte, beschlagnahmten ihre "Trophäenkommandos" Anlagen und Vorräte als Beutegut nach dem Motto: "Deutsch ist, was ab 1938 – von wem immer – investiert wurde". Im August 1945 vereinbarten die Siegermächte auf der Potsdamer Reparationskonferenz, das deutsche Auslandseigentum als Reparationen zu beanspruchen. Daraufhin ergriff die UdSSR Besitz von Unter-

Besetzung und Deutsches Eigentum

Die österreichische Wirtschaft war in den Jahren der Annexion durch das Deutsche Reich mit zum Teil anfechtbaren Methoden "germanisiert" worden. Als die Rote Armee 1945 in Österreich einrückte, beschlagnahmten ihre "Trophäenkommandos" Anlagen und Vorräte als Beutegut. Später ergriff die UdSSR Besitz von Unternehmen, die zu Kriegsende deutschen Mehrheitseigentümern gehört hatten.

¹¹⁾ Im zweiten Kontrollabkommen vom Juni 1946 wurde zwar die Gesetzgebung Österreich übertragen (mit Ausnahme von Verfassungsgesetzen), doch stand jeder Besatzungsmacht das Recht zu, Gesetze in ihrer Zone nicht anzuerkennen, wenn darüber im Alliierten Rat keine Einstimmigkeit erzielt wurde.

nehmen in Österreich nach dem Grundsatz: "Deutsch ist, was zu Kriegsende deutschen Mehrheitseigentümern gehörte", (nahezu) unabhängig davon, wann und unter welchen Umständen das Eigentum erworben worden war. Die UdSSR fasste die von ihr übernommenen Betriebe in zwei Gruppen zusammen: in die Erdölwirtschaft (SMV) und in sonstige Betriebe einschließlich landwirtschaftlicher Güter (USIA). Die in ihrem Einflussbereich beschlagnahmten Einrichtungen der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) wurden gesondert verwaltet. Was als Deutsches Eigentum zu gelten hatte, bestimmte ausschließlich die UdSSR. Verhandlungen der vier Besatzungsmächte über das Deutsche Eigentum in der *Austrian Treaty Commission* (1947) blieben ergebnislos (dabei ging es auch um die Ansprüche der westlichen Erdölunternehmen).

Die von der UdSSR übernommenen Betriebe wurden nach planwirtschaftlichen Methoden geführt; ihre Exporte gingen nahezu ausschließlich in die Staaten des Ostblocks. Gleichzeitig waren sie jedoch mit der österreichischen Wirtschaft verflochten. Sie beschäftigten 50.000 bis 60.000 heimische Arbeitskräfte, die SMV setzte ein Drittel, die USIA sogar zwei Drittel der Produktion in Österreich ab. Die strategische Rolle der Betriebe schien einige Zeit unklar; die UdSSR konnte sie zu einem Brückenkopf für eine Expansionspolitik im kapitalistischen Westen ausbauen. Tatsächlich benutzte sie die Betriebe dazu, in kurzer Zeit möglichst große "Reparationen aus laufender Produktion" zu ziehen¹²⁾. Die jährlich in die UdSSR transferierten Beträge entsprachen etwa dem Betriebsüberschuss. Die Unternehmen zahlten keine Steuern (abgesehen von den lohnabhängigen Abgaben) und unterließen Ersatzinvestitionen. Die USIA-Betriebe waren bei ihrer Übergabe an Österreich 1955 in schlechtem Zustand, in der Mineralölwirtschaft wurden zwar ergiebige Felder erschlossen, doch wurde gleichzeitig Raubbau betrieben und nur das Nötigste investiert.

Die UdSSR ließ schon Anfang 1948 erkennen, dass sie bereit wäre, zumindest die USIA-Betriebe gegen eine Ablöse Österreich zu überlassen. Der "Cherrière-Plan" wurde im Herbst 1949 zwischen den vier Mächten konkretisiert; dem Abschluss des Staatsvertrags¹³⁾ schien nichts mehr im Wege zu stehen. Dennoch dauerte es noch fast sechs Jahre, bis er tatsächlich zustande kam. Im Moskauer Memorandum, das den Weg für den Staatsvertrag ebnete, erklärte sich die UdSSR bereit, das gesamte Deutsche Eigentum in Österreich (also auch den Erdölkomplex) Österreich zu übergeben. Als Ablöse wurden hauptsächlich Warenlieferungen (für die USIA-Betriebe und den Erdölkomplex) und zum Teil auch Barzahlungen (für die DDSG und für die Warenlager der USIA-Betriebe) vereinbart.

In groben Zügen gilt: Die Auslandshilfe war nicht viel höher als die Summe der Güter und Leistungen, die die Besatzungsmächte beanspruchten und die als Quasi-Reparationen in die UdSSR transferiert wurden.

Es liegt nahe, den Ressourcentransfer von Österreich an die UdSSR (Beutegut, Nettoexporte aus laufender Produktion) und an die Besatzungsmächte (Besatzungskosten) dem Ressourcentransfer nach Österreich in Form der Auslandshilfe gegenüberzustellen. Das ist aus prinzipiellen und aus praktischen Gründen nur näherungsweise möglich. Die Güterpreise hatten in der behördlich gelenkten Wirtschaft nur einen beschränkten Informationsgehalt, und die erhobenen Daten waren nicht sehr zuverlässig oder wurden schlecht dokumentiert. Wenn man den Dollarwert der Demontagen und der Besatzungskosten bewusst niedrig ansetzt, weil die auf diese Weise entzogenen Güter nur eingeschränkt international handelbar waren¹⁴⁾, gilt in groben Zügen: Die Auslandshilfe war nicht viel höher als die Summe der Güter und Leistungen, die die Besatzungsmächte beanspruchten und die als Quasi-Reparationen in die UdSSR transferiert wurden. Das Schwergewicht sowohl der Auslandshilfe als auch der Belastungen lag in den ersten Nachkriegsjahren. Die Kosten des Staatsvertrags waren im Vergleich mit den Belastungen zuvor gering. Das wird deutlich, wenn man die Beträge der einzelnen Jahre mit den Veränderungsraten des realen BIP auf

¹²⁾ Die Siegermächte entschieden sich nach dem Zweiten Weltkrieg, Reparationen nicht in konvertiblen Währungen, sondern in Form von Demontagen und von Gütern aus der laufenden Produktion zu beanspruchen.

¹³⁾ Die Geschichte des Staatsvertrags wurde unter staatspolitischen Gesichtspunkten von *Stourzh* (1998) geschrieben. Eine umfassende Darstellung bietet ferner *Bischof* (1989).

¹⁴⁾ Die Demontagen betrafen zum Teil Rüstungsbetriebe, die nur unter Kosten auf Friedensproduktion hätten umgestellt werden können. Die Besatzungsmächte nutzten Gebäude und beanspruchten Leistungen von Bahn und Post, erwarben aber auch international handelbare Güter wie Kohle, Holz, Papier, Baustoffe und Nahrungsmittel (z. B. aus den von der UdSSR beschlagnahmten landwirtschaftlichen Gütern).

den Ausgangszeitpunkt diskontiert. Die österreichische Wirtschaft war Mitte der fünfziger Jahre viel leistungsfähiger als 1946 und konnte daher Belastungen viel leichter tragen.

Anders formuliert: wenn Österreich von den Siegermächten als befreites Land ohne Wenn und Aber akzeptiert worden wäre, hätte es wohl eine Starthilfe benötigt, um die Wirtschaft nach Kriegsende wieder in Gang zu setzen, im Übrigen aber trotz verschiedener Handicaps über genügend Ressourcen verfügt, um aus eigener Kraft eine leistungsfähige Wirtschaft aufzubauen, eine den Nachkriegsproblemen angemessene Wirtschaftspolitik vorausgesetzt. Im Grunde galt für Österreich das Gleiche wie für Deutschland: Je mehr heimische Ressourcen die Besatzungsmächte – und unter ihnen insbesondere die UdSSR – beanspruchten, desto größer war die Abhängigkeit von der Auslandshilfe, die überwiegend von den USA bereitgestellt wurde.

Übersicht 3: Die "Kosten der Freiheit"

Mio. \$, zu Preisen von 1955

Belastungen insgesamt	1.830
Besatzungskosten ¹⁾	740
Reparationen ²⁾	790
Kosten des Staatsvertrags ³⁾	300
Auslandshilfe	1.920

Gerundet. – ¹⁾ An Besatzungskosten wurden nominell 7,3 Mrd. S gezahlt. Dazu kam eine Ablöse von 390 Mio. S für die "Banknotenleihe" der Sowjetunion von 600 Mio. RM aus dem Jahr 1945. – ²⁾ Davon entfielen etwa 350 Mio. \$ auf die Demontagen im Jahr 1945 und 440 Mio. \$ auf Reparationen aus der laufenden Produktion. – ³⁾ Davon entfielen 280 Mio. \$ auf die Ablöse für die SMV und die USIA-Betriebe (einschließlich Warenlager). 16 Mio. \$ erhielten die westlichen Erdölfirmer als Entschädigung für den Verlust von Schürfrechten.

1955 – zehn Jahre nach Kriegsende – erhielt Österreich den Staatsvertrag. In diesem Zeitraum wurden die Schäden des Kriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit beseitigt. Gleichzeitig entstanden eine neue leistungsfähige Wirtschaftsstruktur und wachstumsfördernde Institutionen. Die Nachkriegsinflation wurde gestoppt und ein dauerhaftes Regime innerer und äußerer finanzieller Stabilität etabliert. Wichtige Weichen auf dem Weg zur späteren Wohlstandsgesellschaft wurden damals gestellt. Vorbildhaft für spätere Generationen waren der Umgang mit "fundamentaler" Unsicherheit und die Art, wie soziale Konflikte gelöst wurden.

Die österreichische Wirtschaft befand sich nach Kriegsende in einem desolaten Zustand. Die Bevölkerung in den Städten hungerte, die Produktion stagnierte auf niedrigem Niveau, und die Infrastruktur wies Lücken auf. Der fatale Zirkel der Mangelwirtschaft konnte durchbrochen werden, als sich 1947 die ersten Erfolge im Wiederaufbau einstellten und ausländische Vorprodukte (insbesondere Kohle und Rohstoffe) in größeren Mengen verfügbar wurden. Bis Anfang der fünfziger Jahre wurden zweistellige Wachstumsraten erzielt. Schon 1949 erreichte das reale BIP das Niveau von 1937, dem letzten Jahr vor der deutschen Annexion, 1955 – im Jahr des Staatsvertrags – lag es bereits um zwei Drittel darüber. Motor des Wirtschaftswachstums waren Industrie und Bauwirtschaft. Der Schwung der Wiederaufbauperiode wurde in die Friedenswirtschaft mitgenommen. Auf den Wiederaufbau folgte das "golden age", eine lange Periode von historisch einmaligem Wirtschaftswachstum. Österreich konnte schrittweise wieder jenen Rang in der Hierarchie der europäischen Industrieländer erringen, den der Kern der Monarchie vor dem Ersten Weltkrieg innegehabt hatte.

Österreich hat sich schon 1945 politisch und ökonomisch für den "Westen" entschieden, trotz der Risiken, die damit im Zeitalter des Kalten Kriegs verbunden waren. Damit verknüpft war nicht nur eine hohe Auslandshilfe, sondern auch die Teilnahme an den ersten Stufen der europäischen Integration in Gestalt der Liberalisierung des innereuropäischen Handels und der Europäischen Zahlungsunion. Nach dem damals vorherrschenden Konzept des "Gradualismus" wurde der Übergang von der Kommandowirtschaft der Kriegsjahre zur Marktwirtschaft schrittweise vollzogen. Die inter-

Zusammenfassung und Schluss- folgerungen

nationale Staatengemeinschaft billigte Österreich einen Sonderstatus zu ("special case").

Die Auslandshilfe im Wert von 1,5 Mrd. \$ sicherte der heimischen Wirtschaft lebenswichtige Importe und ermöglichte die Finanzierung eines umfassenden Investitionsprogramms. Sie war für Österreich umso wichtiger, als es nicht voll über seine wirtschaftlichen Ressourcen verfügen konnte: Die Besatzungsmächte forderten vor allem in den ersten Nachkriegsjahren hohe Unterhaltskosten. Die UdSSR beschlagnahmte 1945 Anlagen und Vorräte, die sie für den Wiederaufbau der eigenen Volkswirtschaft benötigte. Und sie benutzte später das ihr auf der Potsdamer Konferenz zugeschriebene Deutsche Eigentum, um daraus "Reparationen aus laufender Produktion" zu ziehen. Insgesamt wurden der heimischen Wirtschaft unter dem Titel "Besatzungskosten" und "Deutsches Eigentum" Güter und Leistungen entzogen, deren Wert auf Dollar-Basis nicht viel niedriger war als die Auslandshilfe.

From the End of World War II to the Austrian State Treaty – Summary

Ten years after the end of World War II, Austria was returned to full independence through its State Treaty of 1955. During this period, the damage caused by the war and its immediate aftermath was repaired, and a new economic structure as well as growth-promoting institutions were set up. The post-war inflation was stopped and a steady regime of internal and external financial stability established.

At the end of the World War II, the Austrian economy was in a desolate state. People in the towns starved, manufacturing stagnated at a low level, and the infrastructure was punctuated by large gaps. The vicious circle of deprivation could be broken when reconstruction efforts began to be attended by success in 1947 and larger quantities of primary products (especially coal and raw materials) became available from abroad. Up to the early 1950s, two-digit growth rates were achieved. In 1949, real GDP was at the level of 1937, the last year before Austria was annexed by Germany, and in 1955 (the year of the State Treaty) it was already higher by two-thirds. The chief engines of growth were the manufacturing and construction industries. The élan of the reconstruction era continued right into the peacetime economy, when a "golden age" followed – a long period of historically unique economic growth. Gradually, Austria regained its position among European industrialised countries which the core of the Austro-Hungarian Monarchy had enjoyed prior to World War I.

Already in 1945, Austria opted for the "West" in both political and economic terms, in spite of the risks attendant to this choice during the Cold War. This choice not only opened up substantial aid from abroad but also allowed Austria to participate in the first stages of European integration which involved liberalising intra-European trade and establishing the European Payments Union. Based on the then dominant idea of "gradualism", Austria managed to achieve a slow transition from the command economy of the war years to a market economy. The "West" accepted Austria as a "special case".

Economic aid arriving from abroad to the tune of \$ 1.5 billion secured crucial imports for domestic business and enabled the country to finance a large-scale investment programme. This aid was of the greatest importance to Austria since the country did not have full access to its economic resources. The occupying powers demanded enormous payments for their occupation costs, especially in the first post-war years. In 1945, the Red Army seized many industrial plants to reconstruct its own economy. Later it used the "German property" assigned to the Soviet Union at the Potsdam Conference to obtain "reparations from ongoing production". Altogether, the cost of occupation and the "German property" title deprived the domestic economy of goods and services that, in dollars, were worth almost as much as the external aid obtained by the country.

As usual after wars attended by heavy losses, inflation reared its ugly head after 1945. Economic policy managed to skim off the excess money supply through two currency reforms, but accepted a "cost inflation" that was only partly kept under control by the social partners through price/wage agreements. Under international pressure, domestic politicians decided in late 1951 to implement a severe stabilisation course in order to secure internal and external financial stability. The resulting crisis was quickly followed by a sound regime of internal and external financial stability. Long neglected market economy reforms could finally be instituted, including the clarification of property and claims titles, establishment of a new central bank status, development of a capital market, and liberalisation of foreign trade as a preliminary step towards European integration.

Rapid economic growth improved living conditions. From 1949, the urban population was supplied with sufficient food in quantitative, albeit not yet qualitative terms. As soon as the currency had been stabilised, private households set upon accumulating wealth in real terms and building up their financial assets which had been depleted by post-war inflation. It was the dawn of the age of durable consumer goods, with all its profound socio-economic consequences, even though it was still a long and winding road to our current affluent society.

The foundation of the "Austrian economic miracle" was created in the first post-war decade. The decisions then taken opened the path to the affluent society in Austria. The way policymakers dealt with the problem of "fundamental uncertainty" and the manner in which social conflicts were solved served as a model for later generations.

Wie stets nach verlustreichen Kriegen drohte nach 1945 eine Nachkriegsinflation. Die Wirtschaftspolitik schöpfte durch zwei Währungsreformen den Geldüberhang ab, nahm aber hin, dass sich eine "Kosteninflation" entwickelte, die von den Sozialpartnern in Form von Preis-Lohn-Abkommen nur unzulänglich unter Kontrolle gehalten werden konnte. Unter dem Druck der internationalen Staatengemeinschaft entschloss sich die heimische Wirtschaftspolitik Ende 1951, innere und äußere finanzielle Stabilität durch einen harten Stabilisierungskurs herzustellen. Nach einer kurzen Stabilisierungskrise konnte ein dauerhaftes Regime innerer und äußerer finanzieller Stabilität etabliert werden. Marktwirtschaftliche Reformen, die lange Zeit zurückgestellt worden waren, konnten nunmehr nachgeholt werden. Dazu zählten die Klärung von Eigentums- und Forderungsrechten, die Schaffung eines neuen Notenbankstatus, die Entwicklung des Kapitalmarktes und die Liberalisierung des Außenhandels als Vorstufe der europäischen Integration.

Das rasche Wirtschaftswachstum ermöglichte eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Die städtische Bevölkerung wurde ab 1949 quantitativ, obgleich noch nicht qualitativ ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt. Nach der Stabilisierung der Währung begannen die privaten Haushalte, Realvermögen zu bilden und ihre durch die Nachkriegsinflation dezimierten Bestände an Geldvermögen wieder aufzufüllen. Das Zeitalter der dauerhaften Konsumgüter mit seinen tiefgreifenden sozio-ökonomischen Konsequenzen hatte eingesetzt, obschon der Weg zur Vermögensgesellschaft noch sehr weit war.

Austrian Economists, Commentary to the Johnstone Report 1952, Wien, 1953 (mimeo).

Austrian Treaty Commission, Documents Issued CFM/ATC, Wien, 1947, I/II(47), S. 1-30.

Bischof, G., Between Responsibility and Rehabilitation: Austria in International Politics, 1940-1950, PhD Thesis, Harvard University, 1989.

Hicks, J. R., "World Recovery after War – a Theoretical Analysis", *The Economic Journal*, 1947, 57(June), S. 151-164.

Johnstone, H. W., The Restraint of Competition in the Austrian Economy, Confidential Security Information (Unclassified), 1951.

Kaldor, N., *Causes of the Slow Rate of Economic Growth in the United Kingdom*, Cambridge University Press, Cambridge, 1966.

Kaldor, N., *Strategic Factors in Economic Development*, Cornell University, Ithaca–New York, 1967.

Steindl, J., "Bildungsplanung und wirtschaftliches Wachstum. Der Bildungsbedarf in Österreich bis 1980", WIFO, Studien und Analysen, 1967, (2).

Stourzh, G., *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955*, Böhlau, Wien–Köln–Graz, 1998.

Literaturhinweise